Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 21/2014
Dezernat 2

öffentlich

Vorlage zur Behandlung im Kreistag

Sitzung am 21.07.2014

TOP 11: Ärztliche Versorgung im Ländlichen Raum – Antrag der FWV-Fraktion

A. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

B. Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel werden nicht benötigt (kostenneutral)

C. Empfehlungsbeschluss des Ausschusses: Kenntnisnahme

Aufgrund der Vorberatung in der Sitzung am 7.7.2014 wird dem Kreistag einstimmig empfohlen, wie oben zu beschließen.

Anlagen:

Zollernalbkreis
Landratsamt

Drucksache KT-Nr. 21/2014
Dezernat 2

öffentlich

Ärztliche Versorgung im Ländlichen Raum – Antrag der FWV-Fraktion

Die Gesundheit der Menschen hat einen großen Anteil an der Gesamtentwicklung des örtlichen Gemeinwesens und wird mittlerweile neben der Bildung zu den wichtigsten Standort- und Wirtschaftsfaktoren gerechnet. Eine flächendeckende ärztliche Versorgung ist dafür unabdingbar. Die demographische Entwicklung betrifft auch die Ärzteschaft, und dabei Hausärzte wie Fachärzte gleichermaßen. Dies ist der Landkreisverwaltung sehr wohl bewusst, deshalb wurde bereits im Haushaltsentwurf 2014 ein Betrag von 75.000 EUR angesetzt, der leider gestrichen wurde.

Das Thema „Ärzteversorgung im ländlichen Raum“ wird von der Landkreisverwaltung bereits mit Nachdruck bearbeitet soweit es im Rahmen des gültigen Haushalts möglich ist. Eine öffentliche Veranstaltung hat schon stattgefunden, außerdem laufen bereits Planungen für weitere Aktivitäten, die noch dieses Jahr folgen werden.

1. Bereits Anfang dieses Jahres wurden die ersten Maßnahmen ergriffen, den Zollernalbkreis für Ärzte attraktiver zu machen. Es erfolgt die Neuordnung der Bereitschaftsdienstbezirke mit der Einrichtung von **Bereitschaftsdienstpraxen an den Kliniken**. Durch die großflächigere Vertretung der Ärzte untereinander konnte die Frequenz der Bereitschaftsdienste für jeden einzelnen Arzt gesenkt und damit die Lebensqualität erhöht werden.

   Die **Koordinierung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes** wurde durch die integrierte Leitstelle des DRK und der Feuerwehr mit übernommen. Alle Anrufe bei den Notfalldienstnummern werden an die Leitstelle weitergeleitet und in Absprache mit dem diensthabenden Arzt wird das Notwendige veranlasst.

2. Als öffentlicher Auftakt fand am 5. Mai dieses Jahres ein **Gesundheitsforum** mit dem Thema „Landarzt 2025 – Welches ‚Rezept‘ für den Zollernalbkreis?“ statt. Die Veranstaltung traf auf starke Resonanz sowohl bei Vertretern der Kommunen, Kreis- und Gemeinderäten, Ärzten und Bevölkerung. Im Rahmen dieser Veranstaltung stellte unter anderem Frau Landrätin Störr-Ritter (Breisgau-Hochschwarzwald) die „Handlungsempfehlungen zur Ärztlichen Versorgung“ vor, die im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz in ihrem Landkreis erarbeitet wurden. Sowohl der Vortrag von Herrn Dr. Metke (Kassenärztliche Vereinigung) als auch die Statements der Podiumsteilnehmer ergaben sehr deutlich, dass auch im Zollernalbkreis dringender Bedarf an der Gewinnung von ärztlichem Nachwuchs besteht, insgesamt jedoch deutschlandweit zu wenige junge Ärzte den Weg zum Hausarzt oder Facharzt auf dem Land einschlagen. Weitere Statements von Herrn Dr. Wuthe vom Sozialministerium, Herrn Dr. Mohr als Vertreter der Kreisärzteschaft und Herrn Prof. Dr. Bitzer betonten den Ernst der Lage. Intensive Diskussionen der Beiträge aus den Reihen der Zuhörer verdeutlichten die Vielschichtigkeit des Problems und die Notwendigkeit nach Lösungsansätzen zu suchen, die speziell auf den Zollernalbkreis zugeschnitten sind.

   Bei der Suche nach ärztlichem Nachwuchs zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung befindet sich der Zollernalbkreis im Wettbewerb mit vielen/nahezu allen Stadt- und Land-

kreisen. Es muss nach Wegen gesucht werden, gerade unseren Landkreis für junge Mediziner besonders attraktiv zu machen.

3. Die Etablierung einer **Kommunalen Gesundheitskonferenz** im Zollernalbkreis erscheint als ein richtiges und notwendiges Werkzeug, Maßnahmen gegen einen drohenden Ärztemangel in Praxis und Klinik im speziellen Zuschnitt für unsere Raumschaft zu entwickeln. Deshalb wurde der Antrag auf Anschubfinanzierung der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Rahmen des Aktionsprogramms „Landärzte“ des Landes Baden-Württemberg gestellt. Eine Förderzusage über 38.000 EUR ist inzwischen eingegangen. Die Summe wird jedoch erst ausgezahlt, wenn die erste Kommunale Gesundheitskonferenz durchgeführt wurde. Die Vorbereitungen für die konstituierende Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz laufen bereits.

   Um ein schlüssiges Konzept für den Zollernalbkreis zu erarbeiten, ist weiteres detailliertes Datenmaterial als Grundlage erforderlich. Zur Vorbereitung der kommunalen Gesundheitskonferenz ist deshalb geplant, einer/einem Studierenden im Rahmen der Bachelorarbeit den Auftrag zu erteilen, eine kreisweite Erhebung zur ärztlichen Versorgung und zum zukünftigen Ärztebedarf zu erstellen. Vorliegende Zahlen der Kassenärztlichen Vereinigung sind leider zu ungenau und dürfen aus Datenschutzgründen nicht detaillierter zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist ein Projekt zur Zusammenfassung bereits existierender Fördermöglichkeiten für niederlassungswillige Ärztinnen und Ärzte geplant. Gespräche mit der Medizinischen Fakultät Heidelberg, Abteilung für Allgemeinmedizin und Versorgungsforschung, laufen bereits. Besonders geeignet erscheinen für ein solches Vorhaben derzeit Studierende des Studiengangs „Interprofessionelle Gesundheitsversorgung“.

4. Parallel laufen die Vorbereitungen zu einer **Bürgermeisterversammlung** im September, bei denen der Hausärzteverband Baden-Württemberg das Projekt „**Perspektive Hausarzt**“ vorstellen wird. Dies hat einerseits zum Ziel, junge Mediziner schon während des Studiums für den Beruf des Hausarztes zu begeistern. Andererseits soll sowohl Ärzten als auch Kommunen bei der Nachfolgersuche eine Plattform geboten werden. Auch der Landkreis wird sich unterstützend für die Städte und Gemeinden daran beteiligen. Ein gemeinsames Vorgehen über die Grenzen der Städte und Gemeinden hinweg verspricht hier am ehesten Erfolg.

Die Diskussionen bei der Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss ergaben, dass eine Unterstützung der Kommunen bei der Datenerhebung, der Planung und dem künftigen Vorgehen durch den Landkreis auch für dringend erforderlich gehalten wird.

Derzeit ist es nicht notwendig über die Förderung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren hinaus, Mittel bereit zu stellen. Aus den im 2. Halbjahr dieses Jahres erzielten Erkenntnissen wird dann ein entsprechender Betrag im Haushalt für das Jahr 2015 vorgesehen.